

1+2/96

# SO sehen wir es

Herausgeberin: SP Wädenswil, Postfach 552, 8820 Wädenswil  
Nummer 1+2/96, Mai 1996 / Erscheint 3-4 x jährlich, Auflage 6'650 Ex.  
Preis: Normal-Abo Fr. 12.-- / Unterstützungs-Abo Fr. 25.--  
PC-Kto. 80-43003-3, SO sehen wir es, SP Wädenswil  
Druck: Arbeitszentrum am See, Giessen, Wädenswil



## Neubühl-Shopping: Das Parlament und der gesetzeskonforme Konsumwahnsinn

Viele Bürgerinnen und Bürger machen sich derzeit Sorgen über die geplanten Konsumtempel im Neubühl. Was hat sich eigentlich verändert, dass aus dem Neubühl plötzlich ein Wädi-Shopping werden soll? Die Autobahn ist schon lange dort. Das Seedamm-Center und der Brunaupark sind nicht weiter weg gerückt. Das Einzugsgebiet ist kaum bevölkerungsreicher geworden. Die Kaufkraft hat eher ab- als zugenommen. Hier einige Gedanken zur Gesetzgebungsmaschinerie: Die zonenmässige Grundlage besteht seit über zehn Jahren: Industriezone A, wobei Handels- und Dienstleistungsbetriebe in allen Industrie- und Gewerbezone zulässig sind (Zonenplan und Art. 11 der Bau- und Zonenordnung). Vermutlich genügt es, eine liberale Ladenschlussverordnung zu beschliessen, um einen solchen Schub aus-

zulösen. Damit hat das Parlament nicht gerechnet.

Hier besteht auch ein grundsätzliches Problem. Parlamente und das Volk beschliessen jahrein, jahraus eine Vielzahl von Gesetzen, ohne genau abschätzen zu können, wie diese im Einzelfall wirken werden. Will man schlechte Wirkungen ausschliessen, führt dies meist zu schwerfälligen Gesetzen. Dies wiederum ist ein Beitrag zur Staatsverdrossenheit.

Schlanke Gesetze sind aber risikoreiche Gesetze. Um diese Risiken im Rahmen zu halten, sollten besonders prägende Vorhaben (eben zum Beispiel Einkaufszentren) einem Spezialverfahren (Verbandsbeschwerderecht, fakultatives Referendum) unterstellt werden können.

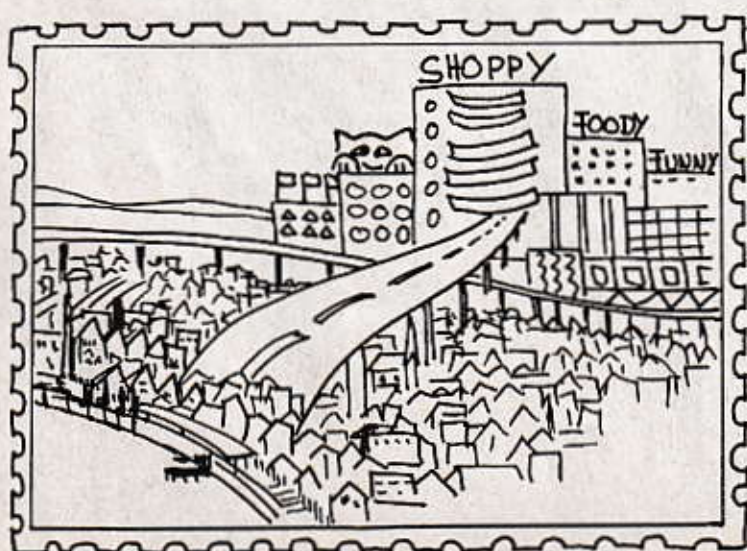
Die SP hat darum 1989 bei der Beratung der heute gültigen Abstell-

In dieser Ausgabe:	Seite:
- Primarschule: bald Blockzeiten?	2
- NEIN zur Schliessung des Hallenbades Steinacher	2
- Interview mit Hanna Landolt	3
- Frieden auf Schöneegg?	4
- NEIN zum Gestaltungsplan Giessen	5
- MFI im Spital Wädenswil	6
- Sorgen um Abfallgebühren	7
- Besuch im Mc Donalds	8

platzverordnung beantragt, dass Parkierungsanlagen mit mehr als 100 Plätzen durch öffentliche Gestaltungspläne bzw. durch Sonderbauvorschriften zu regeln seien. Das hätte dem Parlament (und über das fakultative Referendum dem Volk) eine Einflussmöglichkeit gegeben. Das Parlament lehnte diesen Antrag aber klar ab (Gemeinderat vom 6. Februar 1989).

Ob die aktuelle Erfahrung dazu führt, dass das Parlament solchen Ueberlegungen in Zukunft günstiger gesinnt ist, bleibt abzuwarten. Gegen das Neubühl-Shopping wäre das ohnehin zu spät. Hier hätte wohl am ehesten ein öffentlicher Aufschrei der Direktbetroffenen eine gewisse Wirkung. Den Geschlechtern und dem Stadtrat würde damit klar, dass die geplanten Vorhaben nicht auf Gegenliebe in der Bevölkerung stossen. Auf jeden Fall erwarte ich vom Stadtrat, dass öffentliche Mittel und Anstrengungen, die über das gesetzliche Minimum hinausgehen, nur für die Stärkung des Stadtzentrums, nicht aber zur Förderung des Neubühl-Shoppings, eingesetzt werden.

Stadt - Marke(t) - ing



Drive in .... Drive out...

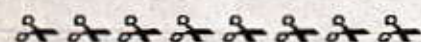


# Schliessung Lehrschwimmbecken Steinacher : NEIN!

Zur Zeit betreibt die Stadt Wädenswil nebst dem Hallenbad Untermosen das Lehrschwimmbecken Steinacher. Es ist seit mehr als zwanzig Jahren in Betrieb und müsste nun saniert werden. Der Stadtrat ist aus finanziellen Überlegungen zum Schluss gekommen, es sei besser, dieses Lehrschwimmbecken zu schliessen. Die Kinder aus der Au sollen im Untermosen schwimmen lernen.

Rein technisch ist das gerade noch machbar (Kapazität des Hallenbades, der Turnhallen, der Transportmittel). Damit könnten jährlich etwa Fr. 50'000.-- gespart werden. Um dieses Geld zu sparen, werden aber verschiedene Nachteile in Kauf genommen:

• Bei den Turnhallen bestehen praktisch keine Reserven mehr. Es



## Beitrittserklärung

Ich trete dem Abstimmungskomitee "Pro Lehrschwimmbecken Steinacher" bei. Ich bin damit einverstanden, dass mein Name (zusammen mit vielen anderen Namen) im Komitee-Inserat "Nein zur Schliessung des Lehrschwimmbeckens Steinacher" erscheinen darf. Die Mitgliedschaft gilt bis zum Tag der Volksabstimmung am 9. Juni 1996.

Name/Vorname: .....

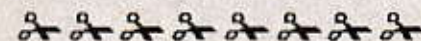
Beruf/Aemter: .....

Strasse/Nr.: .....

Datum: .....

Unterschrift: .....

Bitte sofort einsenden an:  
Julia Gerber Rüegg,  
am Zopfbach 21, 8804 Au,  
Tel. + Fax: 781.39.76



ergeben sich Schwierigkeiten mit Blockzeiten, mit freiwilligen Turnstunden für Kindergärten, mit MUKI-Turnen und Jugendsport.

• Damit die gewollte Einsparung tatsächlich möglich ist, müssen alle Schwimmlektionen für die Schüler/innen der Au am gleichen Wochentag erteilt werden. Die Stundenplangestaltung wird so recht schwierig.

• An einem Schulvormittag Bus fahren, schwimmen, wieder Bus fahren bringt eine grosse Unruhe in den Schulbetrieb.

• Für die Quartierbevölkerung und einige Vereine geht eine geschätzte Sportmöglichkeit verloren. Die Au verliert einen der wenigen Treffpunkte.

• Einmal geschlossen, kann das Lehrschwimmbecken später kaum mehr reaktiviert werden.

• Eine neue Nutzung, die zudem die Umbaukosten selbst trägt, ist nicht bekannt.

Einem bescheidenen Sparpotential stehen gewichtige Einbussen gegenüber. Kreise, die hier fürs Sparen sind, sind bei anderer Gelegenheit durchaus bereit, mit der grossen Kelle anzurichten (z.B. Kunsteisbahn, Gemeindsaal).

Der Vorschlag des Stadtrates, das Lehrschwimmbecken Steinacher zu schliessen, kann nicht überzeugen. Er verdient ein kräftiges NEIN!

Sepp Dorschmid

## Blockzeiten doch noch vor dem Jahr 2000?

Viele Eltern wären mit der Schule eigentlich ganz zufrieden, wenn die Organisation des Unterrichts eine Spur familienfreundlicher würde. Die deutliche Zustimmung zur Einführung der Fünftagewoche hat es ganz klar gezeigt. Das Interesse vieler Eltern richtet sich nicht nur auf die qualitative, sondern auch auf die

organisatorische Verbesserung des Unterrichts. Die Kinder sollen einen möglichst regelmässigen Unterricht am Stück geniessen können, damit klar überschaubare Blöcke von Schul- und Freizeit entstehen.

Eine Arbeitsgruppe der Primarschulpflege hat nun ein Modell für Blockzeiten ausgearbeitet, welches den Unterricht so einteilt, dass alle Kinder zwischen 9 und 11 Uhr in der Schule oder im Kindergarten sind. Den Anstoss dafür hatte die SP-Fraktion mit einem Vorstoss im Gemeinderat gegeben (Postulat vom 3. Oktober 1994). Die vorgeschlagene Lösung hätte zur Folge, dass das fast unüberschaubare Kommen und Gehen vermieden und die Familienzeit besser eingeteilt werden könnte. Der betreuende Elternteil erhielte endlich die Möglichkeit, mindestens zwei Stunden pro Tag ohne Betreuungsarbeit planen zu können. Mehr nicht. Eine Erwerbsarbeit könnte auch mit Blockzeiten keinesfalls angenommen werden.

Die vorgeschlagene minimalste Blockzeit, welche diesen Namen noch beanspruchen darf, bedingt allerdings zwei zusätzliche Lektionen in allen ersten Klassen. Mit musikischem Gestalten, also musizieren, tanzen, handwerken und so fort, werden diese Stunden pädagogisch wertvoll gefüllt. Die dadurch entstehenden Kosten von rund 80'000 Franken werden durch die Schliessung aller Horte zwischen 9 und 11 Uhr wieder eingespart.

Die Schulpflege tat sich enorm schwer mit dem Anliegen und diskutierte an vier Sitzungen hin und her. Endlich wurde am 18. April der positive Grundsatzentscheid gefällt, doch muss der Gemeinderat der Vorlage noch zustimmen, weil es sich um jährlich wiederkehrende Ausgaben handelt. Die Blockzeiten können also frühestens auf das Schuljahr 1997/98 eingeführt werden.

Willy Rüegg, Schulpfleger



## Interview mit der neuen Gemeinderatspräsidentin Hanna Landolt

### “Letztlich geht es in der Politik um Menschen”

Mit einem Glangresultat wurde die SP-Gemeinderätin Hanna Landolt am 18. März zur Präsidentin der Legislative gewählt. “SO sehen wir es” befragte die höchste Wädenswilerin, was sie im kommenden Jahr auf sich zukommen sieht und was sie erreichen möchte.

*“SO sehen wir es”: Hanna, wie fühlst Du Dich als frischgewählte Gemeinderatspräsidentin?*

Hanna Landolt: Ich freue mich über die Wahl und die damit verbundenen neuen Herausforderungen. Ich bin neugierig auf das, was kommen wird.

*Was werden Deine Aufgaben im kommenden Jahr sein?*

Die Hauptaufgabe wird sein, die Sitzungen des Gemeinderates vorzubereiten und zu leiten. Dann werde ich Vorstösse von den Fraktionen empfangen und weiterleiten und den Kontakt mit den gemeinderätlichen Kommissionen und dem Sekretariat pflegen. Als Präsidentin werde ich auch den Gemeinderat nach aussen hin vertreten und gewisse Repräsentationsaufgaben wahrnehmen. Eine weitere wichtige Aufgabe ist es, eine Verbindungsstelle zu bilden zwischen Gemeinde- und Stadtrat.

*Als Gemeinderatspräsidentin hast Du die Aufgabe zu moderieren. Kannst Du trotzdem Einfluss auf die Gemeindepolitik in Wädenswil nehmen?*

Nicht im Gemeinderat, die Sitzungen müssen neutral geleitet werden. Ich werde im kommenden Jahr also keine Vorstösse machen und zurückhaltend sein mit Partei ergreifen für etwas. An gesellschaftlichen Anlässen werde ich sicher die Chance haben, hie und da zu sagen, was ich denke. Als Präsidentin des Gemeinderates hat man übrigens nicht mehr Macht als eine “gewöhnliche” Gemeinderätin.

*Du bist bekannt als integrierende Persönlichkeit. Wird Dir das in Deiner neuen Funktion zugute kommen?*



Ich denke schon. Zu diesem Amt gehört ja, den Rat gegen aussen zu vertreten. Da kommt es mir sicher zugute, dass ich Ansichten von Andersdenkenden meist gelten lassen kann. Das heisst jedoch nicht, dass ich gleicher Meinung sein muss. Ich glaube auch, dass es wichtig ist, immer wieder parteiübergreifend einander anzuhören, miteinander zu diskutieren und so nach Lösungen der anstehenden schwierigen Probleme zu suchen.

*Du orientierst Dich an einem ganzheitlichen Menschenbild - etwas, was (noch) nicht sehr viele Politiker/innen machen. Kannst Du kurz skizzieren, wie eine ganzheitliche Politik aussehen könnte?*

Eigentlich nicht anders, als was ich vorhin gesagt habe: auf allen Ebenen andere Ansichten ernst nehmen und versuchen zu verstehen, weshalb ein Mensch so oder anders denkt oder fühlt. Bei allen politischen Geschäften geht es letztlich um Menschen. Deshalb darf weder die Sache noch das Geld allein ins Zentrum gestellt werden. Immer sollen die Folgen für Mensch

und Natur abgeschätzt und bei der Entscheidungsfindung mitberücksichtigt werden. Wenn ein Kredit für ein Ferienlager gestrichen wird, heisst das für einige Kinder, auf Ferien auswärts verzichten zu müssen. Oder wenn heute ein riesiges Einkaufszentrum mit vielen neuen Arbeitsplätzen gebaut wird, ist anzunehmen, dass anderswo Arbeitsplätze verloren gehen.

Ganz besonders im Bildungsbereich muss immer wieder überlegt werden, welche Folgen Sparmassnahmen für die weniger bemittelten Personen haben. Jeder Mensch soll sich doch nach seinen Fähigkeiten entwickeln und entfalten können, egal, aus welchen Verhältnissen er kommt. Diese Chance muss er haben - ob er sie dann wahrnimmt, liegt allerdings in seiner eigenen Verantwortung. Politiker/innen müssen darum besorgt sein, solche Chancen bereitzustellen und zu erhalten.

*Was sind Deine Ziele für das Präsidentschaftsjahr, was möchtest Du erreichen?*

Ich habe mir keine Liste mit konkreten Zielen gemacht. Sicher möchte ich die Gemeinderatsitzungen unparteiisch leiten und alle Ratsmitglieder zu Wort kommen lassen. Ausserdem glaube ich, dass jede/r Ratspräsident/in irgendwie auch das Klima im Ratssaal etwas prägt, gewissermassen eine eigene Stimmung verbreitet. Hier möchte ich darauf hinweisen, dass die Ratssitzungen öffentlich sind und Interessierte herzlich dazu einladen. Auch sind Gemeinderät/innen Ansprechpartner/innen für die Wädenswiler Bevölkerung, dies gilt für mich als Ratspräsidentin ganz besonders.

*Interview: Hansjörg Schmid*



## SP trägt wesentlich zu Kompromiss bei Parkplatzstreit auf der Schönegg friedlich beilegen

*Alt ist die Geschichte zum Thema Parkplätze auf der Schönegg. Viel ist geschrieben und gekämpft, drei Volksabstimmungen sind ausgetragen worden. Noch immer wird auf der Schönegg parkiert, noch ist der Prozess der Stadt gegen die Genossenschaft Schönegg hängig. Das Thema erhitzt weiter die Gemüter. Das ist für Wädenswil und seine Bewohner/innen nicht gut. Darum haben die SP und das Komitee Friedliche Schönegg Hand geboten für eine friedliche Beilegung des jahrelangen Streits. Zur gemeinsam erarbeiteten Kompromisslösung werden die Stimmbürger/innen das letzte Wort haben.*

Von allem Anfang an, d.h. seit gut 15 Jahren, waren die Parkplätze auf der Schönegg ein Thema. Umstritten waren stets die Parkplätze in Sichtweite des Restaurants, die sogenannten Nahparkplätze. Der Stadtrat unterstützte von Anbeginn weg die Bestrebungen der Genossenschaft Schönegg, zu legalen Nahparkplätzen zu kommen. Die Genossenschaft Schönegg befürchtete, das Restaurant ohne diese Nahparkplätze trotz der günstigen Baurechtsbedingungen finanziell nicht über die Runden zu bringen.

### Die Anliegen der SP und des Komitees Friedliche Schönegg

Bei den langwierigen Auseinandersetzungen um die Parkplätze haben sich die SP und das vor 11 Jahren gegründete Komitee Friedliche Schönegg stets für zwei wesentliche Anliegen auf der Schönegg eingesetzt:

- Die Politik muss glaubwürdig sein. Versprechen, die dem Volk gegenüber gemacht werden, sind einzuhalten. Sonst fühlen sich die Stimmbürger/innen verschaukelt und wenden sich von der Politik ab.
- Die Schönegg muss als Erholungsraum so ruhig, beschaulich und grün erhalten bleiben wie möglich. Sie darf nicht zu einem Rummel- und Verkehrsplatz verkommen.

### Harte Auseinandersetzungen seit mehr als zehn Jahren

Die SP und die Mitglieder des Komitees Friedliche Schönegg setzten sich energisch und politisch erfolgreich für die obenerwähnten Anliegen ein. Zwei heftig umstrittene Volksabstimmungen sind gewonnen worden, und manche harten Kämpfe mussten

ausgefochten werden. Die letzte Auseinandersetzung liegt ein halbes Jahr zurück. Der Stadtrat legte bekanntlich eine neue, kombinierte Vorlage mit Nahparkplätzen auf der Schönegg vor und manövrierte sich damit politisch ins Abseits. Im weiteren steht der Stadtrat seit Jahren im Prozess gegen die Genossenschaft Schönegg, um die Aufhebung der illegalen Parkplätze durchzusetzen. Dieses Gerichtsverfahren könnte noch Jahre dauern.

### Bisher Verlierer auf allen Seiten

Ernüchert stellen wir fest, dass es in all den Jahren eigentlich nur Verlierer gegeben hat. Die Stadt und die Genossenschaft Schönegg haben Abstimmungen, Ansehen und Geld verloren. Das Komitee Friedliche Schönegg und die SP haben zwar die Abstimmungen gewonnen, aber immer noch keine parkplatzfreie Schönegg erreicht. Die Stimmbürger/innen haben dreimal entschieden, und trotzdem ist das Problem noch ungelöst. Der Fussballclub müsste wegen der Verquickung mit der Parkplatzfrage nochmals lange Zeit auf die Erneuerung des Garderobengebäudes auf der Schönegg warten. Und alle Beteiligten wenden viel wertvolle Energie, Zeit und Nerven auf, ohne wirklich einer Lösung einen Schritt näherzukommen.

### Was sind die Alternativen?

Die SP und das Komitee Friedliche Schönegg hätten sich als Gewinner der Abstimmungen im Prinzip nicht auf Kompromisse einzulassen brauchen. Doch die Folgen einer solchen Haltung wären in der heutigen Situation verheerend: Die Auseinandersetzungen würden

weitergehen, und es wäre zu erwarten, dass eine weitere Volksabstimmung wieder negativ ausgehen würde. Das Problem wäre damit nicht gelöst. Ein allfälliges Gerichtsurteil würde die Sache kaum bereinigen, sondern eher noch verworrener machen. Das Weitermachen in gewohnten Bahnen würde also allen nur schaden: Es würde die Positionen nochmals verhärten, das Ansehen unserer Stadt mindern und die Stimmbürger/innen verdrissen.

### Vernünftiger Kompromiss zur rechten Zeit

Für die SP und das Komitee Friedliche Schönegg war also klar, dass gehandelt und ein Schritt gewagt werden musste. Deshalb haben sie aktiv das Gespräch mit allen Beteiligten gesucht. In aufwendigen, aber konstruktiven Gesprächen zwischen dem Komitee Friedliche Schönegg, der Genossenschaft Schönegg, der SP, der FDP und dem Stadtrat wurde eine befriedigende Kompromisslösung erarbeitet. Dabei sind SP und Komitee Friedliche Schönegg im Sinne einer konstruktiven Lösung von der Maximalforderung einer gänzlich parkplatzfreien Schönegg abgerückt.

Geplant ist nun folgendes: Nur wenige Nahparkplätze (20) direkt neben dem Restaurant mit einer Belegungsanzeige; keine weiteren Parkplätze auf der Schönegg; eine Vergrößerung des Parkplatzes an der Zugerstrasse für die Besucher/innen der Sportanlagen; flankierende Massnahmen gegen das Wildparkieren. Das ist zwar keine parkplatzfreie Schönegg, aber die beste Lösung, die je vorgeschlagen wurde, mit nur wenigen und wenig störenden Parkplätzen beim Restaurant und mit einem Minimum

(Fortsetzung Seite 5)



# NEIN zum "Gestaltungsplan Giessen"

An der kommenden Volksabstimmung wird darüber entschieden, ob die Bevölkerung auf dem Giessen-Areal vollumfänglich Zugang zum See hat und ob der geplante Seeweg nach Richterswil direkt am Seeufer oder vorwiegend zwischen den Häusern durchgeführt wird. Wird die Abstimmungsvorlage angenommen, hat die Bevölkerung wiederum das Nachsehen und "darf", statt durchgehend direkt am See, zwischen Industrie- und Wohnbauten in Richtung Richterswil spazieren, während die Grundeigentümer praktisch die volle Nutzungsfreiheit erhalten. Im Interesse der Bevölkerung setzen sich deshalb SP, LdU und GP - neben einem überparteilichen Personenkomitee - für ein NEIN zu dieser Vorlage ein.

Die Halbinsel "Giessen" - ausgangs Wädenswil Richtung Richterswil - ist mit den vielen Pappeln nicht nur vom See her ein Kleinod. Wer auf dem Gelände direkt am See steht, hat einen weiten Ueberblick über den Zürichsee und einen herrlichen Ausblick in die Berge - dies alles ohne grossen Verkehr. Dies bewog 1983 das Parlament, in der Bau- und Zonenordnung die Halbinsel Giessen als Reservezone mit Gestaltungsplan zu bezeichnen. Dagegen rekurrten die Grundeigentümer (u.a. Pfenninger & Co.) bis vor Bundesgericht. Dieses entschied, dass das öffentliche Interesse für die Ausarbeitung eines Gestaltungsplanes ausgewiesen sei. Das Parlament trug diesem

(Schönegg: Fortsetzung von Seite 4)

an Suchverkehr. Die Genossenschaft Schönegg hat sich zudem verpflichtet, in den nächsten zehn Jahren keine weiteren Park-plätze auf der Schönegg zu planen.

## Wie geht es weiter?

Der Stadtrat hat nun den Vorschlag für die Kompromisslösung zur Ausarbeitung übernommen. Er wird eine Weisung an den Gemeinderat erstellen mit einem Antrag auf freiwillige Volksabstimmung. Wenn der Gemeinderat diesem Vorschlag zustimmt, werden die Stimmbürger/innen voraussichtlich im nächsten Frühjahr dazu Stellung nehmen können. Die SP und das Komitee Friedliche Schönegg hoffen, dass mit der Zustimmung einer klaren Mehrheit der Stimmbürger/innen ein Schlussstrich unter das Thema Parkplätze Schönegg gezogen werden kann.

Georg Wüest, Mitglied SP  
und Vorsitz Friedliche Schönegg

SO, Mai 1996



Entscheid 1991 Rechnung. Doch auch gegen die neue Festlegung rekurrten die Grundeigentümer. Der Rekurs wurde aber vom Regierungsrat abgelehnt, worauf der Stadtrat den Gestaltungsplan ausarbeitete.

## Plan ohne durchgehenden Seeweg

Bereits in der öffentlichen Auflage brachten viele Einzelpersonen sowie SP, LdU und GP Einwände an und verlangten unter anderem, dass:

- der Weg auf dem ganzen Giessenareal direkt am See und nicht hinter den Häusern durchführt;
- am See ein Platz für die Öffentlichkeit mit Ruhebänken für Erwachsene und Spieleinrichtungen für Kinder bezeichnet wird;
- eine umweltfreundliche Energienutzung (z.B. Wärmepumpen) bei den geplanten Bauten vorgeschrieben wird;
- bezüglich der Nutzung ein Einkaufszentrum ausgeschlossen wird.

In der stadträtlichen Weisung an den Gemeinderat wurden diese Wünsche zwar teilweise aufgenommen, die Mehrheit des Gemeinderates "verschlimmbesserte" den

Plan aber wieder. Dieser Plan berücksichtigt die Wünsche der Öffentlichkeit nach einem vollumfänglichen Seezugang auf dem Giessen-Areal nur unvollständig. Wird diesem Gestaltungsplan zugestimmt, erhalten die Grundeigentümer auf dem Areal "Giessen" praktisch die volle Nutzungsfreiheit über dieses landschaftlich empfindliche Gebiet. Dadurch steigert sich der Wert des Landes. Ohne einen Finger zu bewegen, können so ein paar Grundeigentümer mehr Geld verdienen.

## Letzte Gelegenheit für die Bevölkerung

Vom Seeplatz abgesehen, verfügt Wädenswil derzeit in Zentrumsnähe über keinen grossen, zusammenhängenden Seezugang für die Bevölkerung. Wird der Gestaltungsplan in der vorliegenden Form genehmigt, besteht später keine Möglichkeit mehr, auf dem Giessen-Areal den ganzen Weg direkt dem See entlang zu realisieren.

Deshalb verdient diese Abstimmungsvorlage am 9. Juni ein klares Nein. Nur mit einem Nein kann die Bevölkerung ein letztes Mal dafür sorgen, dass der öffentliche Zugang zum See vergrössert wird.

Hermann Koch

Seite 5



# Prämienexplosion und MRI-Affäre

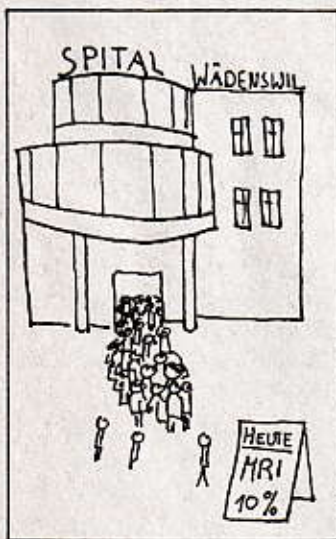
Die Gesundheitskosten in der Schweiz explodieren. Gleichzeitig sind wir mit medizinischen Leistungen überversorgt. Es ist - gerade auch in Wädenswil, Stichwort MRI - höchste Zeit sich zu überlegen, was man wirklich braucht und was nicht.

Folgende Entwicklungen im Bereich des Gesundheits- und Krankenkassenwesens beschäftigen die Bevölkerung zur Zeit:

- Der Uebergang zum neuen Krankenkassenrecht ist mit Problemen verbunden. Die Verteuerung der Prämien ist weit höher ausgefallen als allgemein erwartet. Die Trendanalysen der Krankenkassen zeigen einen ungebremsten Kostenanstieg an.

- Als einziges Land in Europa kennt die Schweiz die unsozialen Kopfprämien. Diese explodierenden Prämien machen jetzt auch mittleren Einkommen zu schaffen. Dies wäre nur mit einem doppelten Ja in der Abstimmung vom Dezember 1994 zur KVG-Revision und zur SP-Initiative zu verhindern gewesen.

- Viele Kantone sind - entgegen den 1994 gemachten Versprechungen - nicht bereit, die Prämien von Personen mit kleinen und mittleren Einkommen angemessen zu verbilligen. So der Kanton Zürich, der nur das Minimum von 50 Prozent der zur Verfügung stehenden Bundesgelder beansprucht. Deshalb erhalten 1996 nur die wirtschaftlich schwächsten 20 Prozent



der Bevölkerung eine Prämienverbilligung. Die andern 80 Prozent zahlen die Prämienhöhung 1996 selbst. Deshalb hat die SP Wädenswil Ende 1995 Unterschriften für eine kantonale Volksinitiative gesammelt, welche Zuschüsse für mindestens einen Drittel der Bevölkerung verlangt. Die SP Schweiz hat in Bundesbern - leider

erfolglos - beantragt, die von den Kantonen zurückgewiesenen Prämienbeiträge von 500 Millionen Franken auf Familien mit Kindern oder Jugendlichen in Ausbildung zu verteilen.

### Diagnose: Immer mehr überflüssige Leistungen

Während weltweit die Mehrheit der Menschen medizinisch unterversorgt ist, nimmt in den Industrieländern die Uebersorgung in vielen Bereichen laufend zu. In der Datenbank der Schweiz. Gesellschaft für Gesundheitspolitik (SGGP) sind unter dem Stichwort "überflüssige Leistungen" rund 400 Hinweise zu finden. Dies zeigt eindeutig, dass im schweizerischen Gesundheitswesen ein gewaltiges Rationalisierungspotential (mehrere hundert Franken pro Prämienzahler/in und Jahr) steckt, ohne dass die Qualität der Gesundheitsversorgung abgebaut werden muss.

- 10'000 leere Spitalbetten: Mit rund sechs Akutbetten auf 1'000 Einwohner/innen liegt die Schweiz weltweit an der Spitze. Die USA kommen mit gut der Hälfte aus. 10'000 Betten stehen jede Nacht leer. Dadurch entstehen jährlich Kosten von 1,5 Milliarden Franken oder gut 200 Franken für jedes Krankenkassenmitglied. Dies können wir uns nicht mehr leisten. Laut einer Studie droht über 100 Schweizer Spitalern das Ende.

- Ueberflüssige Operationen: An der Spitze steht die Gynäkologie, insbesondere die Gebärmutterentfernung und der Kaiserschnitt.

- Neue Techniken gleich mehr Fälle: Fortschritte in der Operationstechnik werden oft durch eine massive Zunahme der Fälle überkompensiert.

- Unnötig verordnete Medikamente: Fachleute schätzen, dass zwischen 25 und 50 Prozent aller verschriebenen Medikamente mangelhaft oder überhaupt nicht angewendet werden.

- Unnötige Untersuchungen: Im Mittelpunkt stehen Röntgen und andere bildgebende Verfahren. Röntgenspezialisten halten eine Verringerung der Röntgenaufnahmen um bis zu 50 Prozent für möglich, ohne dass bedeutende Befunde übersehen werden.

- Unverantwortlicher High-Tech-Boom

in der Schweiz: In den alten Bundesländern unseres nördlichen Nachbarlandes gab es 1995 auf eine Million Einwohner 4,6 MRI (Magnet-Resonanz-Imaging)-Anlagen und 15,5 Computertomographen (CT). In der Schweiz sind zur Zeit pro eine Million Einwohner/in 11,5 MRI-Anlagen und rund 21 CT im Einsatz. Damit ist die MRI-Dichte in unserem Land zweieinhalbmal so hoch wie in Westdeutschland. Nimmt man die MRI-Dichte in Westdeutschland, die dort bereits als viel zu hoch bezeichnet wird, als Massstab, so gibt es bei uns 48 MRI-Anlagen zuviel. Dafür haben wir rund 100 Millionen Franken zuviel investiert und geben pro Jahr 50 bis 80 Millionen Unterhaltskosten zuviel aus.

### MRI in Wädenswil:

**Innovativ oder unverantwortlich?**  
Im Jahresbericht 1995 des Schwerpunktspitals Wädenswil bezeichnet Chefarzt Dr. P. Möhr den Abschluss des "bescheidenen" (offenbar ist damit der jährliche Mietzins von knapp 10'000 Franken für den 65 m<sup>2</sup> grossen Raum gemeint) Mietvertrags für die private MRI-Anlage als "innovatives Verhalten" und "konstruktives Zusammengehen von öffentlichem und privatem Sektor ohne Belastung der öffentlichen Hand". Regierungsrätin Verena Diener sieht das anders. Durch die Vermietung von Spital-Räumen werde eine mit öffentlichen Geldern subventionierte Einrichtung zweckentfremdet. Der private MRI führe insbesondere im Zürcher Stadtspital Triemli und im Spital Horgen zu Ertragsausfällen von 250'000 Franken pro Jahr. Deshalb hat die kantonale Gesundheitsdirektion im Februar beschlossen, die Subventionen an unser Spital um diesen Betrag zu kürzen. Der Subventionsausfall wird von den Trägergemeinden nicht gedeckt, sondern muss vom Spital aus eigenen Mitteln finanziert werden.

Die MRI-Affäre des Spitals Wädenswil ist durch den "Kassensturz"-Beitrag vom 13. Februar zum nationalen Thema geworden. Sie hat dazu beigetragen, dass die Gemeindeversammlung von Richterswil am 20. März den Beitritt zum Spital-Zweckverband deutlich abgelehnt hat. Nach wie vor sind zahlreiche  
(Fortsetzung Seite 7)

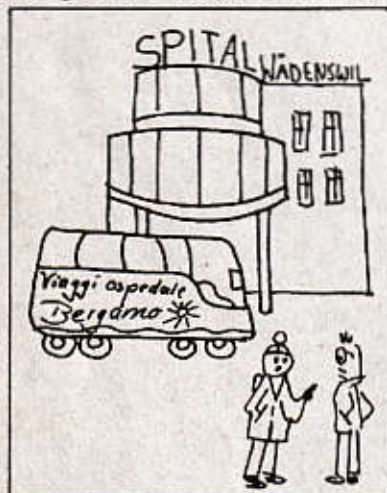


## Abfallwirtschaft: Die Kleinen bezahlen, die Grossen profitieren

Während die Gemeinden vom Regierungsrat angewiesen wurden, ihre Siedlungsabfälle in bestimmten Kehrichtwerken zu verbrennen, können gewerbliche und industrielle Betriebe auf dem freien Markt entsorgen. Die Verbrennungsanlagen im Kanton Zürich sind durch den Hauskehricht nicht ausgelastet. Da die Abfallproduzenten von Gewerbe und Industrie wählen können, wo in der Schweiz sie entsorgen wollen, können sie unter diesen Umständen die Preise für die Entsorgung drücken. Die Verantwortlichen des Zweckverbandes Horgen müssen einerseits mit ihrer vergleichsweise kleinen und teuren Anlage kostendeckend wirtschaften. Andererseits sind sie gezwungen, auf dem ausgetrockneten Markt zu aktuell tiefen Gebühren zusätzliches Brennmaterial für die beiden Öfen zu akquirieren.

(MRI: Fortsetzung von Seite 6)

Fragen offen. Wird sich die Gesundheitsdirektion im Rechtsstreit durchsetzen und die Subventionen kürzen? Wie finanziert die Spitalstiftung den Einnahmeausfall von 250'000 Franken? Was geschieht, wenn sie dieses Loch nicht verkraften kann und Leistungen abbauen muss? Werden dann die Steuerzahler/innen doch noch zur Kasse gebeten? Neben diesen finan-



„Um unsere HRT-Anlage optimal auszunützen, lassen wir jetzt täglich 100 Patienten aus Norditalien untersuchen.“

ziellen Aspekten interessiert vor allem die Zukunft des Spitals. Hat sich der Stiftungsrat (übrigens mit Einverständnis des Stadtrats) am MRI-„Wettrüsten“ beteiligt, um für die Zeit ab 1998 bessere Startbedingungen zu haben? Das neue Krankenversiche-



Vorsicht ist die Mutter der Weisheit, werden sich die Verbandsorgane gesagt und ihr Budget auf sicherer Basis erstellt haben. Während die KVA Horgen eine Kapazität von 60'000 Tonnen hat, wurde für 1995 auf der Basis eines realistischen Wertes von zirka 30'000 Tonnen Hauskehricht gerechnet. Diese von den Gemeinden

runngesetz schreibt nämlich vor, dass die Kantone bis Ende 1997 eine Liste der subventionsberechtigten Spitäler zu erstellen haben. Anspruch auf Kassenleistungen aus der Grundversicherung haben nur Spitäler, die auf dieser Liste figurieren. Könnte sich ein Privatspital Wädenswil ohne „allgemein“ versicherte Patient/innen und ohne Steuergelder auf einem Markt behaupten, in dem 6'000 Spitalbetten abgebaut werden? Diese Fragen müssen in nächster Zeit beantwortet und diskutiert werden. Die SP Wädenswil bleibt dran.

### Nutzen wir unseren Einfluss!

So oder so, die schwerste Krankheit des Gesundheitswesens, die überbordende Leistungsmenge, ist damit noch nicht geheilt. Dieses Problem können wir lokal nicht lösen. Als Prämienzahler/innen können wir aber unsere Krankenkassen dazu bringen, das riesige Rationalisierungspotential auszuschöpfen und eine deutlich billigere Grundversicherung anzubieten. Dazu müssen wir zu kleinen Eingriffen in unsere Wahlfreiheit bereit sein, die ohne Schaden für unsere Gesundheit möglich sind. Wer nur dann zum Spezialarzt geht, wenn eine Ueberweisung durch den Hausarzt erfolgt, muss eine Prämienreduktion erhalten. Weitere Prämieinsparungen sind durch die „second opinion“ (ein zweiter Arzt bestätigt die Notwendigkeit einer Operation) und die Streichung überflüssiger Spitäler aus der Kassenliste möglich. Wenn die Kassenmitglieder ihren Einfluss nutzen und ihre Kassen zum Handeln zwingen, kann die Grundversicherung um einen Drittel verbilligt werden.

Rolf Kurath

angelieferte Menge muss die Betriebs- und Investitionskosten für die doppelt so grosse Anlage im wesentlichen decken. So werden die „verursachergerechten“ Gebühren von Fr. 3.20 pro 35-Liter-Güsel sack ausgerechnet. Um die Rechnung zu verbessern, wird auf dem freien Markt, also zu tieferen Gebühren, zusätzlich brennbarer Abfall aus Gewerbe und Industrie aus dem In- und Ausland angenommen. Daher kann die italienische Stadt Bergamo ihren Siedlungsabfall in Horgen zu Fr. 190.-- je Tonne verbrennen, während die einzelnen Haushalte aus der Region das Doppelte bezahlen müssen. Grösseren Betrieben wird in der Regel ein Angebot von Fr. 250.-- pro Tonne Abfall gemacht. Die „Kleinen“ werden für den Fehlentscheid in den 80er Jahren, eine zweite Ofenlinie einzubauen, bestraft, während die „Grossen“ günstig wegkommen. Diese Praxis ist ungerecht, verletzt das gesetzlich verankerte Verursacherprinzip und fördert den Abfalltourismus im grossen Stil.

Was kann getan werden, um diese Missstände zu beseitigen? Der Regierungsrat soll auch für Gewerbe und Industrie von seinem Zuweisungsrecht Gebrauch machen. Dann müsste das in der Region ansässige Gewerbe vor Ort zu verursachergerechten Gebühren entsorgen. Dadurch würden die Gebühren für die privaten Haushalte sinken. Zudem wären gesamtschweizerisch Lenkungsabgaben einzuführen. Wer nicht sauber entsorgt, bezahlt. Die so zusammenkommenden Gelder aus veralteten Kehrichtwerken und Deponien würden den fortschrittlichen Verbrennungsanlagen mit hohen Investitionskosten zugute kommen. Auch diese Massnahme würde sich positiv auf die Gebühren für Anlagen wie Horgen auswirken. Die Lasten wären gerecht verteilt, die verursachergerechten Gebühren wieder sozial verträglich und der Abfalltourismus eingedämmt.

Julia Gerber Rüegg,  
Kantonsrätin



## Die Philosophie des Herrn Schellenberg, General Manager von Mc Donald's

Eines Tages zogen zwei aus und wollten die Arbeitsbedingungen des neuen Mc Donalds in Wädenswil unter die Lupe nehmen. Das erste, was sie sahen, war ein nobler Jaguar, dem Herr M. Schellenberg, General Manager der Mc Donald's Rapperswil, Fuchsberg und Wädenswil, entstieg und rund um das Restaurant den Abfall wirkungsvoll und peinlich genau aufräumte. Freundlicherweise hatte uns Herr Schellenberg einen Termin gewährt und erklärte uns offen und eloquent die Philosophie der Mc Donald's Betriebe.

Das Mc Donald's-Restaurant in Wädenswil ist eines von weltweit 18'500. Diese funktionieren nach dem "US-Highway-System": Der Mc Donald's-Konzern stellt den Highway mit Leitplanken zur Verfügung, auf den acht Fahrspuren herrsche jedoch grosse Freiheit. Herr Schellenberg hat selber Geld investiert und ist persönlich mit 50 % am Gewinn beteiligt. Er betont, dass er einen "partizipativen Führungsstil" pflege. Auf unsere Frage hin stellt sich heraus, dass sich dies vor allem darin äussert, dass alle per Du miteinander verkehren. Ansonsten besteht eine klare Hierarchie. Im Betrieb Wädenswil arbeiten rund 60 (!) Personen..., jedoch *alle* Teilzeit im Stundenlohn. Das gehört zur Philosophie von Herrn Schellenberg: "Ein Teilzeitangestellter kann mehr leisten." Die minimale Arbeitszeit pro Woche beträgt 5 Stunden (!), maximal könne man 28 Stunden arbeiten. Falls man/frau bei der Arbeit ist und keine Kundschaft in Sicht ist, fragt der Schichtführer die Angestellten, ob sie nach Hause gehen wollen. Herr Schellenberg: "Selbstverständlich können diese Stunden später wieder nachgeholt werden." Herr Schellenberg gibt uns den Stundenlohn inkl. Ferien- und 13. Monatslohn-Anteil bekannt, er bittet uns jedoch, diesen Betrag nicht zu veröffentlichen. Er betont, dass er sich an den Gesamtarbeitsvertrag im Gastgewerbe halte.

Eines ist sicher: Auch mit einem Vollzeitjob bei Mc Donald's kann

niemand leben. Dazu braucht's noch eine bis drei weitere Teilzeitarbeitsstellen. Und da fragen wir uns: Werden unsere zukünftigen Arbeitsplätze bestehen aus 9 Std. pro Woche im Mc Donalds, 13 Std. in der Silberkugel und 15 Std. auf dem Bau? Und wenn diese Teilzeiten nicht reichen für eine Familie? Springt dann die öffentliche Sozialhilfe ein? Und wer finanziert die Sozialhilfe...? Viele der Angestellten sind denn auch Studierende, Rentner/-innen, Hausfrauen.

Die Angestellten werden nach internen Richtlinien der "System-Gastronomie" ausgebildet, erhalten eine Uniform und können gratis essen. Herr Schellenberg zeigt uns die hochmoderne Küche und macht uns höchstpersönlich je einen Hamburger und einen Cheeseburger: alles ist fest vorprogrammiert, das gezuckerte Brötli wird karamelisiert und die Elektronik sagt, wann es fertig ist, das Ketchup spritzt in exakt dosierter Quantität auf das in Schnelle gebratene Fleisch. Dann kommt die Ware in einen Warmhaltebereich und wartet auf die hungrigen Fastfood-Konsument/innen.

Zur Mc Donald's-Philosophie gehört, dass alles in Einweggeschirr verpackt wird. Leider wird dieses öfters durch die Drive-in-Klientele nach Verzehr, das heisst nach 3 bis 4 Autominuten, aus dem Fenster geschmissen. Herr Schellenberg kennt diese auto-menschliche Verhaltensweise. Darum schickt er periodisch einen Crew-Mitarbeiter los, um den Abfall einzusammeln.

Zur eher persönlichen Philosophie von Herrn Schellenberg muss die Gestaltung der Kinderspielecke gezählt werden: diese ist tatsächlich geschmackvoll, robust und aus Holz, designed by Ehefrau Schellenberg, aus dem Hause Pastorini. Den Kinderspielplatz zählt Herr Schellenberg zu den Beispielen des Highway-Systems: seine Ehefrau konnte ihre Kreativität walten lassen. Eigentlich hat uns der Spielplatz am besten gefallen!

*Verena Schönholzer, Heinz Horn*

**Liebe LeserInnen,  
liebe Leser**

Eigentlich sollten Sie jetzt schon die 2. SO-Nummer dieses Jahres in den Händen halten. Aus Aktualitätsgründen verzichteten wir jedoch auf die Ausgabe im 1. Quartal - dafür ist die vorliegende eine doppelte Ausgabe. Wir hoffen, sie gefällt Ihnen!

Da wir auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind, würde es uns sehr freuen, wenn Sie den beigelegten Einzahlungsschein benutzen würden. Damit werden Sie SO-Abonent/in und erhalten die SP-Infos garantiert regelmässig - wir senden sie Ihnen dann per Post.

Wir danken Ihnen für die Unterstützung.

*Ihre SO-Redaktion*

**SP** Sozialdemokratische  
Partei Wädenswil

### **Volksabstimmungen vom 9. Juni 1996**

#### Stadt Wädenswil

**Gestaltungsplan  
Giessen** NEIN

**Schliessung des  
Lehrschwimmbeckens  
Steinacher** NEIN

#### Bund

**Agrarartikel** JA

**Regierungs- und  
Verwaltungsreform** JA

SP Wädenswil  
Postfach 552, 8820 Wädenswil  
Tel. 780 86 20

Redaktion dieser Ausgabe:  
Heinz Horn, Hanna Landolt, Beatrice Margna-  
Haldmann, Hansjörg Schmid, Verena  
Schönholzer  
Adresse: c/o SP, Postfach 552, 8820 Wädenswil  
PC 80-43003-3 "SO sehen wir es"